

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/07/2011
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Montag, 21.11.2011
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchungen zum Schulentwicklungsplan im Zusammenhang mit der Kindergartenbedarfsplanung durch Herrn Krämer-Mandau
4. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Vorlage: 1022/2011
5. Anliegen der Jugendräte
6. Bündnis für Familien
7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
8. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen
9. Anpassung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Kindertagespflege
Vorlage: 1035/2011
10. Projekt " Kommunale Präventionsketten"
11. Umsetzung des Jugendförderplans:
Vergabe der Trägerschaft für die Mobile Jugendarbeit in Hagen
Vorlage: 1026/2011
12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung sei vorgezogen worden, um die Gelegenheit zu haben, mit Herrn Kraemer-Mandau über die Schulentwicklungsplanung und die Schnittstellen zur Kindergartenbedarfsplanung zu diskutieren.

Außerdem begrüßt er Frau Debudaj, die erstmalig an einer Jugendhilfeausschusssitzung teilnimmt. Sie sei die erste Jugendamtselternbeiratsvorsitzende.

Frau Debudaj stellt sich auf Bitte von Herrn Strüwer vor und beschreibt die Gründe, warum sie diese Aufgabe übernommen habe.

Herr Strüwer schlägt vor, dass Frau Debudaj an den Sitzungen, in denen kindergartenrelevante Themen beraten würden, teilnehmen könne. Eine Entscheidung über die Art der Teilnahme solle dann in der nächsten JHA-Sitzung fallen.

2. Mitteilungen

Herr Steuber geht noch näher auf das Thema des Jugendelternbeirates ein. Es habe eine Versammlung gegeben, an der sich rund 55% der in Hagen eingerichteten Tageseinrichtungen beteiligt hätten. Aus diesem Kreis heraus habe sich diese Wahl ergeben. Nach dem Gesetz sei es so, dass der Jugendamtselternbeirat ein Anhörungsrecht, aber kein Mitentscheidungsrecht habe. Er solle in allen wesentlichen Fragen der Kindertagesbetreuung gehört werden. Der Jugendhilfeausschuss könne selbst entscheiden, ob es bei einer anlassbezogenen Einladung in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses bleiben solle. Die Bestellung eines Jugendamtselternbeiratsmitgliedes als ständiges beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss sei ebenfalls denkbar. In dem Fall müsste die Jugendamtssatzung entsprechend geändert werden.

Herr Strüwer dankt Frau Debudaj für die Übernahme der Aufgabe. Die Bereitschaft der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sie fachlich einzubinden, sei vorhanden. Er freue sich auf die Zusammenarbeit.

Herr Steuber freut sich, mitteilen zu können, dass Hagen in dem Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“ ausgewählt worden sei. Der Kinderschutzbund erhalte für sein Mehrgenerationenhaus weiterhin einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 40.000 €. In dem Förderprogramm der Landesregierung seien neue Schwerpunkte gebildet worden.

Außerdem habe Hagen die einmalige Chance, zusammen mit dem Forschungsverbund des deutschen Jugendinstitutes und der technischen Universität Dortmund eine Elterbefragung U-3 durchzuführen. Die Auftaktveranstaltung sei am 12. Dezember. Die Finanzierung sei gesichert.

Herr Dr. Schmidt berichtet von der Bildungskonferenz, die in der letzten Woche in Hagen stattgefunden habe. 150 Teilnehmer hätten über den Bildungsbereich gesprochen. Es sei jetzt an der Zeit, aus der Vielzahl von Themen ein paar gezielt auszuwählen, die sich das Bildungsbüro, das beim Schulamt angesiedelt sei, zur Aufgabe mache. Er halte den außerschulischen Kooperationsbereich für sehr wichtig. In dem Bereich habe man eine Menge Erfahrung. Der Jugendhilfeausschuss sei daher ein geborenes Mitglied im Netzwerk. Er werde die Ausschussmitglieder informieren und zur Mitarbeit anhalten.

Herr Strüwer bittet, die Protokolle aus den Workshops an die Ausschussmitglieder zu versenden.

3. Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchungen zum Schulentwicklungsplan im Zusammenhang mit der Kindergartenbedarfsplanung durch Herrn Krämer-Mandau

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Kraemer-Mandau stellt die Ergebnisse der Untersuchungen zum Schulentwicklungsplan im Zusammenhang mit der Kindergartenbedarfsplanung vor.

Er schlägt in seinem Bericht vor, die Planungsbereiche von Grundschulen und Kindergärten zusammenzulegen.

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass man im Unterarbeitskreis Schule vorhabe, Ende November / Anfang Dezember eine erste Vorlage auf den Weg zu bringen, die den Bereich Grundschulen abdecke. Ziel sei es, Möglichkeiten zu finden, Grundschulen und Kitas in „Häuser des Lernens“ zu integrieren. Das entspräche den gerade vorgestellten Planungen von Herrn Kraemer-Mandau. Der Unterarbeitskreis habe das Ziel, in jedem Stadtteil ein „Haus des Lernens“ anzusiedeln. Möglicherweise könne man am 13. Dezember bereits konkrete Vorschläge machen. Bis Februar 2012 könne der Rat mit einer endgültigen Beschlussvorlage erreicht werden, wenn Politik das wolle. Ab Januar 2012 wolle man im Unterarbeitskreis das Thema „Inklusion“ diskutieren. Das sei auch für

den Jugendhilfeausschuss interessant. Der Schulentwicklungsplan solle in drei bis vier Päckchen abgearbeitet werden.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Kraemer-Mandau für dessen Vortrag. Kinder von 0 bis 10 Jahren unter einem Dach unterzubringen, könne er sich persönlich nicht vorstellen. Er sehe den Kindergarten als einen geschützten Raum und die Grundschule als den nächsten Abschnitt. Die von Herrn Kraemer-Mandau vorgestellten Beispiele seien jedoch nachvollziehbar.

Herr Steuber richtet die Frage an Herrn Kraemer-Mandau, ob er eine Empfehlung habe, wie die Systeme überlappend gestaltet werden könnten.

Herr Kraemer-Mandau erläutert, dass in den Beispielen, die er genannt habe, sich Schule aus dem Erdgeschoss zurückziehe. Das sei kein Problem und schnell umsetzbar. Wenn es um Grundschulen gehe, deren Standort nicht mehr aufrecht gehalten werden könne, werde die Grundschule ihren Verbleib bis zur letzten Klasse verteidigen. Die Verfahren in den Fällen würden unterschiedlich gewählt werden müssen.

In Bezug auf das „Haus des Lernens“ erläutert er, dass der Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule immer unbestimmter werde. Bei Unterbringung unter einem Dach werde man sehr schnell feststellen, dass man sehr viel pädagogisch zusammen machen könne. Er halte eine solche Kooperation für sinnvoll.

Herr Dr. Schmidt erläutert, dass das Modell „Haus des Lernens“ nur ein Standbein sein könne. Was die Kindertagesstättenplanung angehe, habe man keine Planungssicherheit. Da müssten auch noch andere Möglichkeiten gefunden werden.

Herr Reinke weist darauf hin, dass es heute schon üblich sei, dass Kindertagesstätten und Grundschulen miteinander kooperierten. Dazu brauche man keinen gemeinsamen Standort. Vielleicht sei es im Einzelfall ja doch wirtschaftlicher, einen Schulstandort ganz aufzugeben und die Kindertageseinrichtung ganz woanders unterzubringen.

Herr Strüwer erklärt als Resümee, wie skeptisch man gegenüber statistischen Daten sein sollte. Diese Erfahrung mache man jetzt gerade, da sowohl im Bereich der Schulen als auch für die Kindergartenbedarfsplanung Daten des Landesamtes für Statistik zugrunde gelegt worden seien. Diese Zahlen hätten sich jetzt als falsch erwiesen. Die Linie der Neugeborenen sei kontinuierlich bis 2020 / 2025 nach unten fortgeschrieben worden. Bei der Kindergartenbedarfsplanung sei man noch im letzten Jahr von offensichtlich falschen Zahlen ausgegangen. Das habe zu falschen Planungsergebnissen geführt. Jetzt stelle man fest, dass die Geburtenzahlen nicht in dem Maße zurückgingen.

Er fragt, wie sich Herr Kraemer-Mandau eine solche Fehlanalyse des Landesamtes für Statistik erkläre.

Wie käme er zu der Erkenntnis, dass es im Kindertagesstättenbereich und im Bereich der Betreuung der Unter-3-Jährigen einen Bedarf von 50 % und mehr in den kommenden Jahren geben werde?

Könne er von Erfahrungen anderer Kommunen und Bundesländer berichten, wie sich die Zusammenlegung von Kindertagesstätte und Schule im Bereich der 0 -10- Jährigen besonders unter fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten entwickelt habe?

Herr Kraemer-Mandau ist der Meinung, dass der Fehler beim Landesamt für Statistik darin liege, dass sowohl positive als auch negative Entwicklungslinien sehr schnell in die Zukunft verlängert würden.

Die Bundesrepublik entwickle sich in Richtung eines flächendeckenden Netzes von Kindertagesstätten, wie es in der alten DDR bestanden habe.

Im Bereich der Kindertagesstättenversorgung habe Nordrhein-Westfalen einen hohen Nachholbedarf, so dass es härter von der Anpassung getroffen würde als andere Bundesländer.

Erfahrungen mit Zusammenlegen von Schule und Kindertagesstätte seien vor allen Dingen von Baden-Württemberg ausgelöst. Man sei gut beraten, diesen Prozess zu begleiten.

Auch Frau Klos-Eckermann bedankt sich für den Vortrag.

Sie erklärt, dass sie davon ausgehe, dass Herr Kraemer-Mandau bei seinen Betrachtungen geschaut habe, wo eine Zusammenlegung räumlich passe.

Wenn sie zum Beispiel einmal den Ganzttag und auf der anderen Seite die U-3-Betreuung habe, sei das für sie nicht kompatibel. Dort träfen verschieden Bedürfnisse aufeinander. Habe er die inhaltlichen Bedarfe auch bei seiner Planung berücksichtigt?

Herr Kraemer-Mandau räumt ein, dass es zu gewissen Konflikten kommen könne. Er habe versucht, das zu berücksichtigen. Er befürchte jedoch, dass die Stadt Hagen keine andere Wahl habe bei dem, was noch geschultert werden müsse.

Auf die Frage von Herrn Strüwer an Frau Versteeg-Schulte, ob eine solche Entwicklung als Chance oder mit Sorge gesehen werde, erklärt sie, dass sie sich eine solche Entwicklung vorstellen könne und das unter gewissen Vorbehalten grundsätzlich als Chance sehe.

Herr Strüwer bedankt sich abschließend bei Herrn Kraemer-Mandau für seinen Besuch in Hagen. Man sei sehr dankbar, dass er die Schulentwicklungsplanung nicht isoliert betrachte, sondern auch im Zusammenhang mit der Kindertagesstätten-situation. Er habe gerade vor dem Hintergrund, dass die finanziellen Möglichkeiten für Hagen eingeschränkt seien, gute Lösungsansätze geboten.

4. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Vorlage: 1022/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack stellt die Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung vor.

Herr Reinke bedankt sich für die Einführung. Er stellt fest, dass in der Vorlage Bezug auf den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2007 genommen worden sei, in dem die U-3-Quote beschlossen worden sei. Er vermisse den Bezug zum Ratsbeschluss aus dem vorigen Jahr, in dem die Kindergartenbedarfsplanung 2010 – 2014 beschlossen worden sei.

Er habe den Eindruck, dass hier bei einzelnen Punkten der Ratsbeschluss ausgehebelt werde. Er beschreibe einzelne Beispiele, bei denen er der Entscheidung der Verwaltung nicht folgen könne.

Frau Haack nimmt Stellung zu den Einwänden von Herrn Reinke.

Die Voraussetzungen für die Planung änderten sich in kurzer Zeit, so dass es keine Übereinstimmung mit allen Punkten aus der Vorlage aus dem letzten Jahr geben könne. Eine Vielzahl der damaligen Maßnahmen sei so nicht umsetzbar gewesen. In Abstimmung mit den Trägern seien andere Dinge umgesetzt worden, um den Bedarf befriedigen zu können.

Herr Reinke äußert weiterhin seine Kritik an der Vorlage, da diese nicht auf der Vorlage aus dem letzten Jahr aufbaue.

Herr Steuber erklärt, dass die Intention bei der Erstellung der Vorlage die gewesen sei, dass die privaten Investitionen nicht verlorengingen. Man sei auf eine solche Drittmittelfinanzierung angewiesen. Man habe sich daher entschieden, diese Dinge möglichst schnell vorwärtszubringen. Dass die Fortschreibung nicht minutiös auf der Basis jedes einzelnen Sozialraums erfolgt sei, räume er ein. Für etwaige Anregungen sei die Verwaltung in jedem Fall dankbar. Herr Reinke müsse nicht befürchten, dass eine Maßnahme die andere Maßnahme ausspiele. Er sehe da keine Widersprüche.

Herr Strüwer möchte von Frau Haack wissen, ob es richtig sei, dass die auf Seite 8 der Vorlage aufgeführte Aufstellung auf Basis von 70 % Bedarfsdeckung durch Kitaplätze erfolgt sei. Das sei seine Sorge. Man habe sich in der Vergangenheit auf Parameter gestützt, die letztendlich nicht zu halten gewesen seien. Auch die auf Seite 9 aufgeführte Quote der Deckungsquoten sei nicht realistisch. Man könne zum jetzigen Zeitpunkt erkennen, dass neu geplant werden müsse. All das, was für die folgenden Jahre beschlossen worden sei, könne keine Grundlage mehr sein. Man müsse als Ausschuss frühzeitig in diese Thematik einsteigen, um den Blick für die Tatsachen nicht zu verlieren.

Herr Dr. Schmidt stimmt den Ausführungen von Herrn Strüwer grundsätzlich zu. Umso wichtiger sei das, was im letzten Jahr durch die Fachabteilung geleistet worden sei. Es sei darum gegangen, jeden möglichen Platz zu sichern. In einer Situation, wo jeder zweite Träger aus dem Religionsbereich im vorletzten Jahr

weggebrochen sei und seine Maßnahmen nicht durchgeführt hätte, habe man nur versuchen können, Alternativen zu finden. Umso wichtiger sei es auch, Partner im privaten Investitionsbereich zu finden.

Herr Koslowski nimmt Bezug auf die Aussage, dass es schwierig sei, geeignete Tagesmütter zu finden. Er könne aus Sicht der drei Träger sagen, dass man noch keine Eltern habe abweisen müssen. Man habe in der Kindertagespflege aktuell noch offene Plätze. Es sei jedoch so, dass die Kindertagespflege für Eltern nicht unbedingt ein adäquates Alternativangebot für eine Kindertageseinrichtung sei. In einer Kindertageseinrichtung seien die Rahmenbedingungen viel einfacher. Man habe ja mal einen Vorschlag gemacht, wie man die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege verbessern könnte. Dann könne dieser Bereich durchaus noch wachsen.

Frau Versteeg-Schulte teilt mit, dass die drei Träger zurzeit an einer neuen Konzeption arbeiteten. Dabei gehe es um die Verbesserung von Qualitätsstandards.

Herr Strüwer erinnert daran, dass man in den letzten Jahren eher schmerzliche Diskussionen mit den Trägern über den Rückbau von Einrichtungen geführt habe. Jetzt müsse man sehen, wie man aus dieser Situation wieder herauskomme. Aus diesem Grund sei man froh über private Investoren und Träger, die bereit seien, neue Plätze zu schaffen. Seine Sorge sei, ob die in der Vorlage genannten Investitionen in dem Bereich bis 2014 auch tatsächlich umgesetzt würden.

Herr Steuber weist in diesem Zusammenhang auf Seite 5 der Vorlage hin. Unter Ziffer 3 werde darauf hingewiesen, dass für diese Maßnahmen eine Landes-/Bundesfinanzierung nicht gesichert sei. Man habe derzeit nur ein zusätzliches Landesfinanzierungsprogramm, das bis zum 31.12.2011 umgesetzt werden müsse. Zurzeit seien viele Einrichtungen bemüht, das zu realisieren.

Man habe die Hoffnung gehabt, dass die Bundesrepublik Deutschland aus dem nationalen Programm über 4 Milliarden Euro die Stadt Hagen nochmals über das Landesjugendamt abfragen würde, ob sie daraus noch Mittel in Anspruch nehmen wolle. Der letzte Stand sei, dass eine solche Anfrage nicht mehr erfolge. Aus diesem Programm werde man keine Mittel mehr erhalten.

Daher greife man im Moment nach jeder Chance, Drittmittelfinanzierung in Anspruch zu nehmen.

In Bezug auf die Entwicklung in der Tagespflege müsse man jetzt abwarten, ob sich Verbesserungen ergeben würden.

Dass der Stadt über die Veränderungen der Schuleingangsphase 240 Plätze im 3-6-jährigen-Bereich weggebrochen seien, die man aus dem Bestand heraus anderweitig habe umsetzen wollen, sei eine gravierende Veränderung in der Planung.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass man im schlimmsten Fall damit rechnen müsse, dass man 2013/2014 die Hälfte der Maßnahmen nicht umsetzen könne. Noch habe man bei der U-3-Betreuung eine Quote von über 20 %.

Herr Reinke erklärt noch einmal, dass er sich nicht in der Lage sähe, die Vorlage zu beurteilen.

Herr Strüwer schlägt vor, die vier neuen Maßnahmen ab Seite 5 einzeln zu beraten.

- **AWO-Kindertageseinrichtung auf dem Gelände der KB Schmiedetechnik**

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass im Moment die Belegung der Plätze relativ unsicher sei, weil sich die Geschäftsführerin vorgestellt habe, die Zustimmung für die Belegung aus den benachbarten Betrieben schneller zu bekommen. Da werde in den nächsten Wochen dran gearbeitet. Falls das nicht gelinge, müssten die Plätze mit "städtischen Kindern" belegt werden. In dem Fall kippe aber das Finanzierungskonzept.

Auf Wunsch von Herrn Strüwer erläutern Frau Haack und Herr Steuber die Problematik.

Auf Nachfrage teilt Frau Haack mit, dass das Anmeldeverfahren für das neue Kindergartenjahr in der ersten und zweiten Januarwoche 2012 laufe.

Herr Strüwer möchte wissen, ob die vier hinzugekommenen Einrichtungen dann auch angeboten würden.

Frau Haack antwortet, dass das vorgesehen sei, wenn alles planmäßig verlaufe. Die Investoren warteten auf grünes Licht.

Herr Strüwer zieht das Resumee, dass die KB Schmiedetechnik dann 8-10 Plätze anbiete.

- **Städtische Kindertageseinrichtung Tondernstraße**

Herr Strüwer stellt fest, dass für diese Einrichtung insgesamt ein 3-gruppiger Ausbau geplant sei.

- **Kindertageseinrichtung Altenhagener Straße**

Herr Steuber erklärt, dass ein Investor bereit stehe. Das einzige Risiko bestehe darin, dass bei einem Wechsel von der Eigentümer- in die Mieterrolle das Lan-

desjugendamt die Genehmigung verweigere. Es gebe noch eine Alternative. Er sei guter Hoffnung, dass diese Einrichtung angeboten werden könne.

- **Kindertageseinrichtung Böhmerstraße**

Frau Haack erläutert den Stand der Angelegenheit. Das Gemeindehaus ließe sich zu einer Kindertageseinrichtung umbauen. Ein Start zum neuen Kindergartenjahr sei durchaus realistisch. Für diese Einrichtung werde keine andere Einrichtung aufgegeben.

Die seinerzeit bestehende evangelische Einrichtung sei schon geschlossen worden.

Herr Dahme berichtet über die Entwicklung in der Böhmerstraße.

Frau Haack macht deutlich, dass die Investoren aller Einrichtungen auf den Startschuss warteten.

Herr Strüwer schlägt vor, mit dieser Thematik vor der Ratssitzung am 15. Dezember 2011 noch eine Unterausschusssitzung zu machen. Bis dahin habe man mehr Informationen bezüglich der Entwicklung der vier geplanten Maßnahmen.

Frau Klos-Eckermann wirft ein, dass die Investoren von der Politik ein deutliches Signal erwarteten. Die Zeit laufe davon.

Herr Strüwer plädiert, an die Investoren grundsätzlich ein positives Signal zu geben, nichtsdestotrotz in einer weiteren Sitzung über die Inhalte zu beraten. Da es einen Ratsbeschluss gebe, die Einrichtung in der Tondernstraße zu schließen, müsse besonders dieser Punkt erneut beraten werden. Das Ergebnis aus der Sitzung könne dann in den Rat transportiert werden.

Frau Klos-Eckermann möchte wissen, was Ziel dieser Unterausschusssitzung sein solle. Es sei doch unproblematisch, diese Entwicklung, die anders verlaufen sei, als prognostiziert, heute zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es zu allen 4 Einrichtungen offene Fragestellungen gebe. Er sei der Meinung, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Sachstand auseinandersetzen müsse, bevor man in ein Anmeldeverfahren gehe. Als möglichen Termin für den Unterausschuss schlägt er den 12. oder 13.12.2011 vor.

Er lässt über den Vorschlag abstimmen. Der Vorschlag wird mit Mehrheit angenommen.

Frau Klos-Eckermann weist darauf hin, dass der Unterausschuss aber dann

kein Votum mehr an den Jugendhilfeausschuss habe. Sie halte den formellen Ablauf nicht für sinnvoll.

Herr Steuber erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss für die Jugendhilfeplanung zuständig sei und diese beschließe. Der Rat habe den Rahmenauftrag bis 2013 beschlossen. Die konkrete Ausgestaltung unterliege dem Jugendhilfeausschuss. Aus diesem Grunde habe man diese Vorlage kreiert. Es sei kein Problem, die finanziellen Auswirkungen der vier geplanten Maßnahmen darzulegen.

Herr Strüwer hält eine solche Darlegung auch für erforderlich. Man habe in der Vergangenheit dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat solche Entscheidungen vorgelegt.

Abschließend einigt man sich auf Antrag von Frau Klos-Eckermann darauf, anstelle der Unterausschusssitzung eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.12.2011 um 16.00 Uhr zu terminieren.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung **in erster Lesung** zur Kenntnis.
2. **Die zweite Lesung erfolgt in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.12.2011.**

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

5. Anliegen der Jugendräte

entfällt

6. Bündnis für Familien

entfällt

7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

entfällt

8. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen

Herr Dr. Brauers berichtet über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen.

Herr Fischer merkt an, dass es bei den Mittagessen in den Schulen nach wie vor große Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der Anträge im Jobcenter gebe. Eltern bekämen nach wie vor Auskünfte, die widersprüchlich seien.

Von 343 BuT-Anträgen seien erst 141 Anträge bewilligt. Er gehe davon aus, dass die Schulsozialarbeiter in dem Bereich sowohl an der Seite der Eltern, als auch an der Seite des Jobcenters unterstützend tätig werden müssten. Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes sei ein gewaltiger Aufwand.

Herr Dr. Brauers berichtet, dass Versuche, das Verfahren zu vereinfachen, gescheitert seien. Er bittet Herrn Fischer um Information, wenn ihm bekannt würde, wo etwas schlecht laufe. Dann würde er der Sache auf den Grund gehen.

9. Anpassung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Kindertagespflege

Vorlage: 1035/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Losch bittet um nähere Definition, um was für Härtefälle es sich bei denen auf Seite 2 beschriebenen handele? Habe nicht jeder Betroffene ein Recht auf Stundung?

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass jeder Einzelfall gesondert betrachtet würde.

Herr Strüwer ergänzt, dass man in jedem Fall zu einer vernünftigen und vertretbaren Regelung kommen solle.

10. Projekt " Kommunale Präventionsketten"

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Punkt wird eine Tischvorlage (siehe Anlage) mit einem Beschlussvorschlag ausgelegt.

Herr Strüwer erläutert die Hintergründe des Projektes. Die Thematik sei auch im Unterausschuss beraten worden. Der Antrag würde in der kommenden Ratssitzung behandelt werden.

Herr Steuber ergänzt die Ausführungen.

Man habe sich in einer kleinen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der freien Träger zusammengesetzt und über die Gestaltung des Antrages beraten. Dieser müsse bis zum 15. Dezember gestellt werden.

Herr Strüwer berichtet, dass alle Beteiligten über die Höhe der Gesamtförder-summe in Höhe von 48.000 € enttäuscht gewesen seien. Man habe sich aber dennoch entschlossen, den Antrag zu stellen, da das Thema Frühe Hilfen dem Jugendhilfeausschuss bereits seit langer Zeit am Herzen liege. Er schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss auf Grundlage des Beschlussvorschlages einen Beschluss für den Rat fasst.

Herr Reinke berichtet, dass er auch auf der Auftaktveranstaltung gewesen sei. Er sei guter Hoffnung, dass Hagen guten Chancen habe, als Modellkommune ausgewählt zu werden. Er erinnert an den Beschluss zu dem CDU-Antrag, der in der letzten Sitzung dazu gefasst worden sei. Dieser sei umfassender als der vorliegende Beschluss, so dass er dafür plädiere, nicht noch einen weiteren Beschluss zu fassen.

Herr Steuber regt an, Punkt 3 des Beschlussvorschlages mit in den bestehenden Beschluss mit aufzunehmen.

Herr Strüwer stellt den seinerzeit gefassten Beschluss mit der Ergänzung um Punkt 3 der Tischvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Erweiterung des Beschlusses des JHA vom 18.10.2011 / TOP 8 – Vorlage 0897/2011

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme als Modellkommune im Projekt „Kommunale Präventionsketten“ der Landesregierung zu beantragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle bisherigen Bemühungen im Zusammenhang mit den „Frühen Hilfen“ als Gesamtstrategie darzustellen.
3. **Für die Teilnahme am Modellprojekt sind die mit den Hagener Praktikern und Trägern abgestimmten Maßnahmen zum „Kinderschutz in Hagen“ ab Anfang 2012 für die Altersstufen 0 – 6 Jahre umzusetzen und bei Bedarf zu modifizieren.**
4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine dezernatsübergreifende Koordinierungsstelle einzurichten und die vom Fördergeber vorgegebene Evaluation der angeforderten Daten sicherzustellen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel und unverzüglich mit der Kommunalaufsicht zu klären, ob sie eine Teilnahme Hagens als Modellkommune unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**11. Umsetzung des Jugendförderplans:
Vergabe der Trägerschaft für die Mobile Jugendarbeit in Hagen
Vorlage: 1026/2011**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer erläutert Herr Goldbach den Finanzierungs-

plan und die Frage der Räumlichkeiten.

Herr Strüwer möchte außerdem wissen, ob diese Übereinkunft mit dem Diakonischen Werk für die Dauer des Jugendförderplans bis 2014 gelte. Könne man davon ausgehen, dass frühzeitig im Jugendhilfeausschuss Erfahrungsberichte hinterlegt würden?

Herr Goldbach berichtet, dass alle Maßnahmen des Jugendförderplans jährlich mit einem Bewilligungsbescheid bewilligt würden. Er schlägt vor, das Arbeitsfeld im Rahmen der jährlichen Berichterstattung vorzustellen.

Mit diesem Vorschlag sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Trägerschaft für die Maßnahme „Mobile Jugendarbeit“ wird an das Diakonische Werk vergeben. Die jahresbezogene Förderung beträgt auf Grundlage des kommunalen Kinder- und Jugendförderplans 77.500 €.
2. Für das Jahr 2011 wird für die Ersteinrichtung der Maßnahme der Sachkostenanteil von 9.850 € bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Herr Losch richtet die Frage an den Jugendrat, ob es bezüglich der Skateranlage „Hammeckepark“ etwas Neues gebe.

Frau Borggräfe teilt mit, dass es in der Angelegenheit nichts Neues zu berichten gebe.

Ende des öffentlichen Teiles : 17.45 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Högbe
Schriftführerin